



Packen wir es an!

Am Ende fehlte die Kirsche auf der Torte. Doch unsere Initiative Sportstadt Züri bleibt für uns eine Erfolgsgeschichte. Und mit Blick nach vorne ist festzuhalten: Wir stehen vor wichtigen Herausforderungen und dies nicht nur wegen der Pandemie.

Wir lassen uns von Corona nicht unterkriegen! Dies nicht zuletzt deswegen, weil uns eine grosse Veränderung bevorsteht: Spätestens in einem Jahr – per Ende März 2022 um genau zu sein – müssen wir unser Seki an der Rotwandstrasse 65 geräumt haben. Wir sind fleissig am Suchen, und prüfen weiterhin verschiedene Möglichkeiten. Fest steht, dass wir wohl im Verlauf dieses Jahrs in ein neues «Zuhause» einziehen werden.

Unser Seki im Kreis 4 ist seit über vier Jahrzehnte ein Stück Geschichte der Arbeiter*innenbewegung der Limmatstadt, der von unserer Partei geschrieben wurde – wir können stolz darauf sein. Sicher, der Rausschmiss tut weh. Gleichzeitig öffnen sich aber neue Möglichkeiten und Chancen für die Zukunft. Und so schauen wir mit Zuversicht vorwärts.

Gute Kampagne

«Wir können es schaffen» war der Titel auf der Frontseite der letzten Ausgabe der PdAZeit. Er bezog sich auf unsere Initiative Sportstadt Züri. Sie kam



bekanntlich am 29. November 2020 zur Abstimmung. Wir schafften es dann doch nicht. «Schade. Aber wir lassen den Kopf nicht hängen», sagte Genosse Harald Lukes, Sekretär unserer Sektion, gleich am Wahlsonntag dem *vorwärts*. «Wir haben eine wichtige gesellschaftliche Diskussion über die Sport- und Gesundheitsförderung lanciert, die stark diejenigen mit einem tiefen Einkommen im Blickfeld hatte. Das ist sehr positiv.» Er fügt hinzu: «Wir haben eine gute Kampagne geführt und auch sonst einen guten Job in Sachen Sportstadt Züri gemacht. Und wir waren sehr gut in den Medien präsent.»

Besser kann es Genosse Harald nicht auf den Punkt bringen: Auch wenn die Enttäuschung über das Nein vorhanden war, bleibt die Sportstadt Züri eine Erfolgsgeschichte für uns. Gefehlt hat lediglich die Kirsche auf der Torte. (Siehe auch Auswertung d auf Seite 3).

Kein Volksfest am 1. Mai

Aber blicken wir wieder nach vorne. Die nächsten Monate werden schwierig bleiben. Wann und wie wieder Veranstaltungen vor Ort stattfinden werden können, weiss selbst die magische Kristallkugel nicht.

Fest steht aber leider, dass wir auch dieses Jahr am 1. Mai auf das Volksfest auf den Kasernenareal verzichten müssen. Das 1. Mai-Komitee plant, was immer möglich ist, online durchzuführen. Ob es eine Demo geben wird, ist noch offen. Die Verhandlungen laufen. Ein Entscheid wird spätestens Ende März gefällt werden.

So, liebe Genoss*innen, das berühmte Schlusswort ist relativ simpel: Uns stehen wichtige Herausforderungen bevor. Packen wir sie an. Und gemeinsam geht es bekanntlich besser.

SIRO TORRESAN

Parteileben

Nehmen wir es positiv, auch weil wir keine grosse andere Wahl haben: Wegen der Pandemie machen wir neue Erfahrungen, wie etwa die Durchführung der Mitgliederversammlungen über Videokonferenz. Die Präsenz dabei war wirklich gut, der Wunsch ist aber ebenso klar: uns bald wieder vor Ort treffen zu können. Trotz allem ein Rückblick auf die Parteiaktivitäten.

Keine Mitgliederversammlungen vor Ort, keine sozialen Anlässe wie das Komm&Iss, keine realen Treffen der Arbeitsgruppen, keine PV-Sitzungen vor Ort... dies und noch einiges mehr raubt der Partei so quasi ihr Leben. Vor allem einer Partei wie die unsrige, bei der die sozialen Kontakte untereinander sowie die gemeinsamen politischen Aktionen eine tragende und bestimmende Rolle spielen – und nicht erst seit gestern, sondern seit ihrer Gründung 1944. Grund zum Klagen? Ehrlich gesagt ja, zumindest ein bisschen. Nun gut, ab November mussten wir wieder alles auf online umstellen...

Mitgliederversammlungen (MV)

China

An der MV November fand einem Einführungsreferat eine spannende und teilweise kontroverse Diskussion über China statt. Klar, dass an einem Abend und erst noch über Videokonferenz so ein breites Thema nicht abschliessend behandelt werden kann.

Zukunft

Im Dezember waren die Worker for Future an der MV zu Gast. Es sind junge Aktivist*innen, die sich im Rahmen der Klimabewegung engagieren. Sie erzählten von ihren Zielen und von möglichen Aktivitäten, die sie gerne planen und durchführen wollen. Wegen der Pandemie... na ja, ihr wisst ja und tausend Mal wollen wir es auch nicht wiederholen. Beschlossen wurde an dieser MV dann auch noch die neue Beitragsskala für die Mitgliederbeiträge.

Technisches Problem

Die erste MV im neuen Jahr fiel leider der Technik zum Opfer. Geplant war das Thema Cuba, aber eben, für einmal sollte es nicht sein sollen. Da

Genosse René, der die Einführungen zum Thema gemacht hätte, kurz darauf nach Cuba reiste, musste der «Kubaabend» verschoben werden. Eine kurze MV gab es dann eine Woche später als eben geplant. Mehr, um uns die Möglichkeit zu bieten, uns wieder mal zu sehen – wenn auch nur über Videokonferenz.

City-Card

Die Zürcher City-Card stand dann im Mittelpunkt der MV im Februar. Bea Schwager vom der Sans-Papier Anlaufstelle Zürich (SPAZ) erklärte uns den Sinn und Zweck der City-Card. Spannend war auch ihr Rückblick bis zum Entscheid des Stadtrates, die City-Card in der Limmatstadt einführen zu wollen. Der Weg bis dorthin ist aber noch lang. So muss der Gemeinderat (wohl noch in diesem Frühling) einem Kredit von mehreren Hunderttausend Franken sprechen. Dies soll bei der Rot-Grün-Mehrheit im Stadtzürcher Parlament kein Problem sein. Doch hat die SVP – wer sonst – das Referendum bereits angekündigt. Die MV sprach sich natürlich für die Einführung der City-Card aus und unsere Sektion wird sich dafür auch engagieren. Sämtliche Infos zur City-Card: ww.zuericitycard.ch

Noch ein kurzes Schlusswort zum Thema MV: Es nahmen bis zu 26 Genoss*innen an den Online-MV's teil. Und weniger als 15 wäre es auch nie. Gar nicht so übel, aber natürlich wünschen wir uns, sie so bald wie nur möglich wieder vor Ort durchführen zu können.

Was macht der PV?

Er traf sich wöchentlich online wie schon das ganze Jahr 2020. Eine Verschnaufpause gönnt sich der PV über

Weihnachten und Neujahr.

Bis Ende November stand der Abstimmungskampf ganz oben auf der Traktandensliste. Weiteres zentrales Thema war (und ist) die Suche nach einem neuen Seki. Im Dezember wurde eine Umfrage unter den Mitgliedern beschlossen und auch durchgeführt. Ab Ende Januar begann dann die entsprechende Auswertung und die Diskussion über das weitere Vorgehen. Das liebe Geld war auch Thema mit der Ausarbeitung des Budgets für das Jahr 2021.

Aber auch dieses Mal wieder, wie schon in der letzten PdAZeit festgehalten: Viel spektakuläres gibt es aus dem PV nicht zu berichten. Und das ist kein schlechtes Zeichen. Die Stimmung ist gut, was nicht heisst, dass ab und zu angeregt über gewisse Angelegenheiten diskutiert wird. All das, was unter «courant normal» abgebucht werden kann, hat der PV im Grossen und Ganzen im Griff. Ja, das kann und muss man von ihm erwarten, auch wenn es in Zeiten der Pandemie nicht ganz einfach ist.

Bildungsgruppe

Sie fand (und findet) regelmässig alle zwei Wochen über Videokonferenz statt. Ein besonderer Dank an dieser Stelle an unseren Genossen Bildungsminister, der die Sitzungen jeweils vorbereitet und die Texte dann auch vorstellt, bevor sie in der Gruppe diskutiert werden.

Zur Erinnerung: In der Bildungsgruppe sind alle willkommen. Ein besonderes Vorwissen braucht es für die Teilnahme natürlich nicht!

Positive Schlussbilanz

Am Ende hat es nicht ganz gereicht – unsere Initiative wurde von den Stadtzürcher*innen abgelehnt. In den Wochen und Monaten vor dem Abstimmungssonntag konnten wir diverse Aktivitäten entwickeln und unsere Partei war häufig in den Medien präsent. Ein Rückblick mit einem weinenden und einem lachenden Auge.

Begonnen haben wir mit dieser Kampagne Ende 2016, Anfang 2017, als wir sie ausarbeiteten und an den Mitgliederversammlungen diskutierten. Mit dem Sammeln begannen wir dann kurz vor dem 1. Mai 2017. Am 12. September 2017 reichten wir dann 4000 gesammelten Unterschriften ein und konnten so die notwendigen 3000 gültigen locker erreichen.

Gegenvorschlag angenommen

Das war eine erfolgreiche Tätigkeit, denn dadurch waren wir auf der Strasse präsent und haben für uns Werbung gemacht. Dass wir diese Unterschriften zusammengestellt haben, war ebenso eine (für unsere Verhältnisse) nicht zu unterschätzende Leistung. Danach war es lange ruhig um die «Sportstadt Züri». Beinahe drei Jahre lang verschwand sie in der Versenkung der Bürokratie.

Erst im Jahr 2020 kam dann endlich wieder etwas Bewegung in die Sache. Wir wurden von der zuständigen Kommission des Gemeinderats eingeladen und konnten dort unsere Initiative vorstellen. Es vergingen dann wieder einige Wochen, bis bekannt wurde, dass die AL, die Grünen und die SP einen Gegenvorschlag dem Gemeinderat würden. Dieser Vorschlag hatte die Kernpunkte unserer Initiative übernommen und wurde vom Gemeinderat dann auch angenommen.

Was tun?

Somit standen wir an unserer Jahresversammlung im Juni 2020 vor der Frage: «Wollen wir unsere Initiative zurückziehen?» Wie bereits erwähnt, wollte der Gegenvorschlag sehr vieles, was wir mit unserer Initiative erreichen wollten, ebenfalls umgesetzt. In der Frage der Sportvereine ging er sogar weiter. Deshalb, und aus taktischen Überlegungen, stimmte die Jahresversammlung ihm zu und beschloss un-



re Initiative zurückzuziehen. Nach den Sommerferien begannen wir dann mit einer Art «Vorabstimmungskampagne».

Abstimmungskampf

Die Abstimmung über die Sportstadt fand am 29. November statt. Doch wir haben schon im Sommer damit begonnen, in den für uns wichtigen Kreisen Flyer zu verteilen. Also deutlich vor den üblichen ein bis zwei Monaten vor der Abstimmung. Es war uns ein wichtiges Anliegen, mit unserer Kampagne einen möglichst grossen Teil der Bevölkerung innerhalb der Schwerpunktkreise zu erreichen. Ein wichtiger Faktor im Abstimmungskampf war auch das Ja-Komitee, dass sich Ende August gründet. Dieses hat ebenso Flyer zur Sportstadt erstellt, diese verteilt und Plakate aufhängen lassen. Das Ja-Komitee bestand aus den Grünen, der SP, die AL und uns. Für uns waren Genossin Rita und Genosse Siro im Komitee. Die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien war sehr angenehm und unproblematisch.

Wir hatten eine grosse Präsenz in den Medien. Wir wurden zu verschiedenen Interviews eingeladen und Genos-

se Siro hat uns dabei sehr gut vertreten. Ausserdem haben wir zwei Mal Werbung zur «Sportstadt Züri» geschaltet und auf Facebook / Instagram verschiedene Beiträge dazu hochgeladen. Insgesamt wäre dies aber in den sozialen Medien noch ausbaubar.

Wir haben rund 25 000 Flyer in den Stadtkreisen 3,4,5 flächendeckend und die den Kreisen 6, 10 teilweise verteilt, davon 15 000 eigene und 10 000 vom gemeinsamen Komitee. Ausserdem haben wir gut 250 Plakate geklebt. Im Verteilen der Flyer waren wir schlechter als auch schon. Das hängt sicher auch stark mit dem Corona-Virus zusammen. Das betraf die Mobilisation der Mitglieder allgemeinen. Zudem hätten wir für den Kontakt zur Bevölkerung Stände machen sollen. Dafür haben wir eine sehr gelungene Transparentaktion am Bahnhof Hardbrücke durchgeführt. Das Transparent blieb noch lange hängen.

Zum Finanziellen: Bei einem doch sehr bescheidenen Budget von 6000 Franken für die gesamte Kampagne, haben wir 3000 zum Initiativkomitee beigetragen.

Beteiligung am Komitee 2 x Nein

Die Zürcher PdA hat sich zum Ziele gesetzt, vermehrt in politischen Aktionsgruppen mit dabei zu sein. Dies soll der Vernetzung im Politbetrieb dienen, aber auch die Präsenz der Partei in diesem Kanton und dieser Stadt vergrössern.

Nach dem die PdAZ beim Sammeln für das Referendum 2 x Nein zur Nationalitätenerkennung mit einem eigenen Unterschriftenbogen mit dabei war, wurden wir auch sehr freundlich im Abstimmungskomitee begrüsst. Es ist dies ein breites Bündnis, das von der Operation Libero, den Jungen Grünliberalen, den Grünliberalen der Stadt Zürich, der Jungen EVP, den jungen Grünen, den Grüne Zürich, den Secundos Zürich, der SP Migration, der SP, der Juso, der AL bis zu uns reichte.

SP und Grüne mit Löwenanteil

Gemeinsam wurden die beiden unsäglichen Vorlagen bekämpft, über die am 7. März 2021 in unserem Kanton abgestimmt wurden. Zum Zeitpunkt der Datenabgabe für den Druck dieser PdAZeit stand das Resultat noch aus.

Diese Gruppierung konnte ein Budget von etwa 25000 Franken auf die Beine stellen, wobei die verschiedenen Grünen und die verschiedenen SP-Organisationen den Löwenanteil besteuerten. Diese beiden Parteien stellen auch die Kampagnensekretariate. Hauptwerbemittel ist ein Flyer in einer Grosseauflage, der zum Teil von Aktivist*innen verteilt wurde, zum Teil auch über Promopost in die Briefkästen des Kantons gelangte. Für die Stadt Zürich, in der es einen Gratis-Plakataushang für Abstimmungs- und Wahlplakate gibt, wurde ein Plakat gestaltet mit dem gleichen Sujet wie auf dem Flyer. Der Rest des Kampagnenbudget wurde für bezahlte Inserate in den Regionalzeitungen wie «Landbote», «Züricher Oberländer» und so weiter, verwendet.

Schändlicher Deal

Ursprünglich sollten die Logos der beteiligten Organisationen auf dem gemeinsamen Plakat erscheinen, aber die Vielzahl hätte das ganze Plakat erschlagen. Gemeinsam wurde deshalb beschlossen, die Logos auf dem Pla-



kat wegzulassen. Hingegen finden sich diese Logos auf der zu diesem Zweck erstellten Homepage 2x NEIN zur Nennung der Nationalitäten (2-nein.ch). Die Komitee-Sitzungen wurden den Umständen entsprechen per Video geführt, und zwar in einer ausgesprochen angenehmen und sehr professionellen Atmosphäre. Die aktiven Gruppierungen an diesem Referendum waren ja

hauptsächlich die Jungparteien, da fast alle «Alten» im Kantonsrat einen schändlichen Deal mit der SVP eingegangen sind. Darum sind denn auch jetzt die Jungparteien, die den Ton angeben. Die PdA kommt hier quasi zu einem Jungbrunnen, der ihr sicherlich guttut.

MARCO MEDICI

SCHLUSS VON SEITE 3

Fazit

An einigen Punkten sind wir immer wieder auf organisatorische Schwierigkeiten gestossen. Deshalb wäre es in Zukunft bei ähnlichen Projekten sinnvoll, jemanden zu haben, die/der in einer 20 Prozent-Anstellung explizit dafür angestellt ist. Das Corona-Virus erschwerte uns die politische Arbeit zusätzlich. Die Mobilisation war schwächer als in den vergangenen Jahren, was man insbesondere beim Flyern merkte.

Wir haben sehr viele positive Rückmeldungen zur «Sportstadt Züri» erhalten. Es war eine gelungene Kampagne, die uns auf mehr hoffen liess. Dadurch erhofften wir uns mehr und hielten es für möglich, den Gegenvorschlag durchzubringen. Deshalb war das Resultat ernüchternd. Aber in der aktuellen

Zeit dürfte das «Geld-Argument» der Gegner*innen besser funktioniert haben, als wir erwarteten. Auch scheint die Behauptung der Gegener*innen von den «überfüllten Badis» seine Wirkung leider nicht verfehlt zu haben. Auf diese spezifischen Punkte hätten wir uns noch gezielter vorbereiten müssen.

Im Rahmen unserer Möglichkeiten haben wir insgesamt - trotz der Mängel und verbesserungswürdigen Punkte - eine sehr gute Arbeit geleistet. Wir haben eine grosse Menge an Flyern verteilt, gut die sozialen Medien genutzt und hatten eine enorme Präsenz in der Presse. Insgesamt können wir also mit der Initiative sehr zufrieden sein und nehmen viele Erfahrungen für zukünftige Kampagnen mit.

HARALD LUKES

Welche Zukunft für die PdAS?

In der letzten PdAZeit berichteten wir vom ersten Vorbereitungstreffen für den PdAS-Parteitag, der am 6. und 7. November 2021 in Martigny stattfinden wird. Konkretes Resultat des Treffens war die Entstehung von drei Arbeitsgruppen. Mitte Februar 2021 dann das zweit Vorbereitungstreffen, das online über die Bühne ging.

Am ersten Treffen wurden die drei folgenden Arbeitsgruppen AG gegründet: «Kapitalismus in der Schweiz» (AG Kapitalismus), «Eine Kommunikationsstrategie für die PdAS» (AG Kommunikation) und «Die PdAS als wahrhaftige Partei der Arbeiter*innen» (AG Partei). Am zweiten Vorbereitungstreffen vom 13. Februar 2021 haben diese Arbeitsgruppen das Resultat ihrer Arbeiten präsentiert.

Mehrwert als Mass von Reichtum und Produktion

Die AG Kapitalismus stellt fest, dass man im Bereich Ökonomie fast von Null aus starten muss. Ausser einer Broschüre aus dem Jahre 1984 der PdA Waadt lässt sich sonst nichts zum Thema finden. Diese Broschüre ist theoretisch gut unterwegs. Allerdings besitzen wir kein politisches Programm, das auf wissenschaftlicher Basis die wirtschaftliche Situation in unserem Lande analysiert. Es braucht deshalb ein neues Parteiprogramm, das nahe begleitet wird von einer Analyse der Wirtschaft.

Interessant ist auch die Verwendung alter Programme. Dabei seien »Ältesten die besten«, hält die AG fest. Aber auch diese müssen kritisch hinterfragt werden, nicht nur weil sie nicht mehr aktuell sind. Die AG hat beschlossen, eine Analyse des Kapitalismus in der Schweiz vorzunehmen und will deshalb Daten über die verschiedenen Sektoren der Wirtschaft sowie über die grossen Unternehmen unseres Landes zusammentragen. Die strategisch wichtigen Sektoren der Wirtschaft sollen so definiert werden. Der Mehrwert sei das Mass zur Messung von Reichtum und Produktion. Ziel muss es auch sein, den Grad der Konzentration des Kapitals pro Sektor zu definieren.

Arbeiten mit diesen Analysen müssen dann die Mitglieder unserer



Partei. Und hier entstehen weitere Fragen: Wer sind unsere Mitglieder, welche soziale Stellungen haben sie inne? Die AG Kapitalismus will deshalb eine Umfrage unter den Parteimitgliedern starten. Die Umfrage wird über unsere Homepage gemacht werden.

Brücken bilden

Die AG Kommunikation unterstreicht einleitend die Wichtigkeit einer guten Kommunikation. Sie stellt fest, dass unser Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung völlig ungenügend ist. Wir müssen vermehrt visuell existent sein, wir müssen gehört werden, wir müssen unsere Ideen verbreiten. Dazu braucht es ein einheitliches Erscheinungsbild, ein gemeinsames Auftreten und identische, klare Slogans für das ganze Land. Unsere Präsenz auf den sozialen Medien muss wesentlich erhöht werden. Wichtig ist, dass wir uns einer klaren, einfachen Sprache bedienen und nicht

zu intellektuell wirken. Verschiedene, in der Schweiz aktive Bewegungen, sind auf ein konkretes Thema spezialisiert. An uns wäre es, diese Bewegungen zusammenzufassen. Heute werden die Themen oft von den Rechten vorgegeben. Dem müssen wir entgegentreten. Wir müssen die konkreten Probleme der einfachen Bevölkerung thematisieren und so zu deren Sprachrohr werden. Wir dürfen uns aber nicht nur an diese einfache Bevölkerungsschicht, sondern müssen uns an die Gesamtheit der Lohnabhängigen wenden.

Die Parteien an der Macht sind die Parteien der Mehrheit, der Wirtschaft. Wir aber sollen uns als die Partei jener profilieren, die den Reichtum erarbeiten, also eigentlich der Mehrheit, deren Interessen wir vertreten. Die Bourgeoisie und ihre Organisationen verteidigen nicht das gute Funktionieren der Wirtschaft, sondern nur die Interessen eines kleinen Teils der Akteur*innen. Wir

hingegen verteidigen die Interessen der Gesamtheit der Arbeitnehmenden, wir verteidigen eine Wirtschaft im Dienst der Mehrheit. Es ist also nicht so, dass die Rechte sich mit der Wirtschaft, die Linke aber nur mit den sozialen Aspekten beschäftigte. Wir müssen die Punkte benennen, bei denen der wirtschaftliche Liberalismus und das Model der Privatwirtschaft schlecht funktionieren. Unsere Aufgabe ist es aber auch, eine Brücke zu bilden von der Kritik hin zu konkreten Lösungsvorschlägen. Wir müssen uns bemühen, nicht mehr als «Links-Extremist*innen» zu gelten. Wir müssen unser positives Gesellschaftsbild den Menschen vermitteln. Wir wollen die Partei der guten Vorschläge werden. Dies soll das Ziel unserer Kommunikation sein! Wichtig ist auch, dass wir Personen aufbauen, die unsere Ziele personifizieren und eine entsprechend positive Ausstrahlung haben.

Neue Organisationslogik

Die AG Partei beschäftigte sich mit der Organisation der Partei. Sie stellt folgende Situationen fest:

- Die Partei ist rein territorial organisiert, dies in der Logik der Wahlen. Es gibt keine Verankerung in den Betrieben oder in gewissen Themenbereichen.
- Auf nationaler Ebene ist ein grosser Mangel an Kenntnissen der vorhandenen Kräfte zu beklagen. Dies führt zu unrealistischen Vorgaben. Man ist unfähig, die realen Kräfte richtig einzuschätzen und so eine rationale Strategie zu entwickeln.
- Zwischen der Partei und der Jugendgruppe der kommunistischen Jugend sind nur schwache Beziehungen vorhanden.

Diese Feststellung führen die AG zu folgenden Überlegungen:

- Eine neue Organisationslogik muss eingeführt werden, weniger elektoral ausgerichtet, mehr der Basisarbeit zugewandt.
- Gründung von thematischen Arbeitsgruppen auf gesamtschweizerischer Ebene, zu Beginn mit den beiden Themen: Antirassismus und internationale Solidarität sowie Feminismus. Die Koordination der Arbeitsgruppen wäre Sache einer/s Verantwortlichen im ZK. Zwei Jahre nach dem Kongress von 2021 soll eine erste Evaluation gemacht werden.
- Die nationalen Instanzen der Partei sollen gestärkt werden. Als erster Schritt soll jedes Mitglied der Parteileitung und

des Zentralkomitees eine oder mehrere klar definierte Verantwortlichkeiten haben mit einem klaren Zeitbudget pro Funktion.

- Die Möglichkeit eines Co-Präsidiums soll geschaffen werden.
- In der Parteileitung sollen mindestens folgende Verantwortlichkeiten geschaffen werden: Eine Verantwortung für Politik – Eine Verantwortung für die Organisation der Arbeiter*innen
 - Eine Verantwortung für die innere Bildung. Eine Verantwortung für die Kommunikation.
 - Und schliesslich soll die Beziehung zur Jugend verstärkt und formalisiert werden.

Die drei Papiere wurde intensiv diskutiert und sollen gemäss diesen Diskussionen überarbeitet und dem Zentralkomitee zugestellt werden. Verschiedentlich wurde in der Diskussion darauf hingewiesen, dass die bisherige Haltung gewisser Sektionen, die der Zentrale keine Zahlen liefern wollen und ihren statutarisch geschuldeten finanziellen Beitrag nicht leisten, nicht mehr länger toleriert werden sollte.

MARCO MEDICI

«Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt.»

Karl Marx

Genosse Nationalrat

In der Wintersession 2020 der Räte thematisierte der PdA-Nationalrat Denis de la Reussille eine Reihe von in- und auslandpolitischen Themen. Hier eine Auswahl davon. Die teilweise vorhandenen Antworten der Landesregierung sind auf das Wesentliche zusammengefasst. Sie können, so wie alle Vorstösse von Denis, auf parlament.ch nachgelesen werden.

Konzernverantwortungs-Initiative

An der Medienkonferenz im Hinblick auf die Abstimmung vom 29. November 2020 hat Bundesrätin Karin Keller-Sutter, Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, erklärt, dass die Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen - zum Schutz von Mensch und Umwelt» Arbeitsplätze und den Wohlstand in unserem Land gefährdet. Wir sind von dieser Aussage des Bundesrats sehr überrascht und fordern ihn auf, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Kann uns der Bundesrat erklären, inwiefern der Schutz der Menschenrechte durch Schweizer Unternehmen in Ländern, in welchen diese Rechte systematisch verletzt werden, Arbeitsplätze und Wohlstand in unserem Land gefährden könnte?

2. Kann uns der Bundesrat erklären, warum der Schutz der Umwelt durch diese Unternehmen in diesen Ländern ein Problem darstellt für unsere Arbeitsplätze und unseren Wohlstand?

3. Ist der Bundesrat der Meinung, dass die schlechte Behandlung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ihrer Umgebung eine unverzichtbare Voraussetzung ist, um den Wohlstand in der Schweiz zu gewährleisten?

4. Ist der Bundesrat in seiner Funktion als Depositär zahlreicher internationaler Abkommen nicht vielmehr der Ansicht, dass mit zwingenden Bestimmungen in diesen beiden Bereichen unser Land weltweit als Vorbild dienen könnte und von vielen Ländern als würdiges Beispiel anerkannt würde, das gerne zitiert wird?

Stellungnahme des Bundesrats

Der Bundesrat räumt der Einhaltung der Menschenrechte und dem Schutz der Umwelt einen hohen Stellenwert ein. Die Initiative ging dem Bundes-



rat jedoch zu weit. Sie verlangte neben einer umfassenden Sorgfaltsprüfungspflicht für die gesamte Lieferkette auch eine neue Konzernhaftung von Schweizer Muttergesellschaften und kontrollierten Unternehmen, wenn diese im Ausland Menschenrechte oder Umweltstandards verletzen, wobei Kontrolle faktisch auch durch eine wirtschaftliche Machtausübung erfolgen kann.

Die türkische Gruppierung «Graue Wölfe» verbieten

Die rechtsextreme türkische Terrorgruppierung «Graue Wölfe» hat in mehreren europäischen Ländern durch blutige Attacken auf Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger und auf kurdische und armenische Minderheiten auf sich aufmerksam gemacht. Am 4. November 2020 hat der französische Ministerrat auf Vorschlag des Innenministers die Auflösung dieser Bewegung verkündet. Daraufhin haben deutsche Abgeordnete denselben Schritt von ihrer Regierung gefordert.

Diese rechtsextreme Gruppierung ist auch in unserem Land präsent und ist bereits durch Angriffe auf kurdische Demonstrantinnen und Demonstranten und durch Drohungen im Kontext von Bestrebungen für die Anerkennung des Völkermords am armenischen Volk in Erscheinung getreten. 2017 haben die «Grauen Wölfe» in Reinach ein gross angelegtes Treffen geplant. Der Nachrichtendienst des Bundes hatte es damals nicht für notwendig gehalten, dieses Treffen zu verbieten. Nach der Amtsübernahme durch das aktuelle türkische Regime üben die «Grauen Wölfe» offen Druck auf geflüchtete Regierungsgegnerinnen und -gegner in der Europäischen Union und in der Schweiz aus, und es sind weitere gewalttätige Aktionen dieser Terrorgruppierung zu befürchten.

1. Wie kann der Bundesrat rechtfertigen, dass man eine Terrororganisation, die in einigen unserer Nachbarländer verboten ist, frei agieren lässt?

2. Haben türkische und kurdische

politisch verfolgte ein Recht darauf, vor den Personen und Organisationen, die sie zur Flucht aus ihrem Land gezwungen haben, geschützt zu werden?

3. Beabsichtigt der Bundesrat rasch eine Entscheidung zu treffen und die Gruppierung «Graue Wölfe» zu verbieten, wie das in einigen unserer Nachbarländer bereits der Fall ist?

Die Stellungnahme des Bundesrats stand bei Redaktionsschluss noch aus

Situation in Kolumbien

Unser Land kann nicht weiter die Augen vor der dramatischen Menschenrechtssituation in Kolumbien verschliessen. Politische Morde an Aktivistinnen und Aktivisten sind an der Tagesordnung und die Spitzen der paramilitärischen und staatlichen Streitkräfte sind offensichtlich daran beteiligt. Die Unterzeichnung der Friedensverträge im Jahr 2016 hat die kolumbianische Bevölkerung hoffen lassen. Endlich, nach Jahrzehnten des Krieges, war der Frieden möglich. Leider hat der Regierungswechsel 2018 den Konflikt wiederaufleben lassen, einfach auf eine andere Art, die aber noch brutaler und für die Zivilbevölkerung noch tödlicher ist. So wurden 2020 nach Angaben zahlreicher NGOs vor Ort und der unabhängigen Medien 215 Menschenrechts-, Sozialrechts- und Umweltrechtsaktivist*innen und -aktivisten ermordet, zudem 44 Mitglieder der Farc, obwohl sie ihre Waffen niedergelegt hatten. Es ist klar erwiesen, dass die Regierung von Ivan Duque für diese Gewalttaten verantwortlich ist.

Damit sind die Friedensvereinbarungen von 2016 stark bedroht, und die bemerkenswerten Bemühungen unserer Diplomatie laufen Gefahr, zu nichtegemacht zu werden. Zahlreiche internationale Entwicklungshilfe-Organisationen und mehrere europäische Länder wie auch die Schweiz sind am Friedensprozess beteiligt, indem sie Projekte mitfinanzieren, die eigentlich nach der Beilegung des Konflikts durchgeführt werden sollten.

1. Ist sich der Bundesrat der dramatischen Entwicklung der Menschenrechtssituation in Kolumbien bewusst, insbesondere, wenn wir an die Ermordung Hunderter von vereinsmässig und politisch organisierten Aktivistinnen und Aktivisten denken?

2. Gedenkt der Bundesrat, bei der

kolumbianischen Regierung zu intervenieren und sie dazu aufzufordern, der Brutalität von Polizei und Armee ein Ende zu setzen? Beabsichtigt er ausserdem, die Auflösung der paramilitärischen Gruppen zu fordern, die bis heute ungestraft Oppositionelle ermorden?

3. Gedenkt der Bundesrat, die Initiative zu ergreifen, damit wieder ein echter Friedensprozess in Kolumbien in Gang kommt?

Die Stellungnahme des Bundesrats stand bei Redaktionsschluss noch aus.

Stopp dem Grössenwahn der Banken!

Zahlreiche Medien unseres Landes haben über ein Projekt zur Fusion der UBS und der Credit Suisse berichtet. Laut diesen Quellen soll der Verwaltungsratspräsident der UBS bereits den Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements und Vertreter der FINMA getroffen haben, um dieses Thema zu erörtern. Aus dieser Fusion würde die grösste Bank Europas hervorgehen - als wäre das ein besonderer Ehrentitel für unser Land! Es sei daran erinnert, dass gewisse international tätige Banken sich in den vergangenen Jahren vor allem dadurch hervorgetan haben, dass sie überall in der Welt mehrfach für verschiedene Vergehen verurteilt worden sind. Hauptsächlich ging es darum, dass sie Superreiche dabei unterstützt oder angeleitet haben, ihr Geld vor dem Fiskus ihres Landes zu verbergen.

Sollte diese Fusion tatsächlich zustande kommen, so wäre die neue Bank in der Tat «too big to fail». Folglich könnte der Bundesrat die Bank nicht fallenlassen, wenn sie in neue Schwierigkeiten geriete, die zu massiven Verlusten oder neuen Verurteilungen

führen würden. Ein Vollzug der Fusion hätte zudem gemäss einigen Quellen zur Folge, dass fast 15 Prozent der 5000 Stellen in der Schweiz verschwinden.

- Unterstützt der Bundesrat dieses Fusionsprojekt? Und gedenkt er ein Verfahren zur Information der Bundesversammlung einzuleiten?

- Kann der Bundesrat garantieren, dass die Schweizer Steuerpflichtigen das Konkursrisiko einer Bank, die fraglos «too big to fail» ist, in keinem Fall tragen müssten?

- Diese mögliche Fusion würde wahrscheinlich zu Hunderten von Entlassungen führen. Macht sich der Bundesrat Gedanken über diese Entlassungen und ihre sozialen Folgen?

Die Stellungnahme des Bundesrats

Im Lichte der verfassungsrechtlich garantierten Wirtschaftsfreiheit äussert sich der Bundesrat nicht zu einer angeblichen Fusion von zwei privaten Marktteilnehmern. Im Falle einer Fusion von zwei Finanzinstituten dieser Grösse würden sich zentrale Fragen insbesondere in den Bereichen Wettbewerbs- und Finanzmarktrecht stellen. Diese würden im konkreten Einzelfall vertieft analysiert und beurteilt. Die wirtschaftlichen Vor- und Nachteile einer solchen Fusion wären ebenfalls im konkreten Einzelfall zu beurteilen.

Im hypothetischen Fall einer Fusion von zwei inländischen Grossbanken würde das Systemrisiko erheblich steigen. Die Schweiz verfügt über ein umfassendes regulatorisches Instrumentarium, das zum Ziel hat, die Rettung einer systemrelevanten Bank in Notlage durch den Staat zu verhindern. Sie trägt damit der gemeinhin unter dem Begriff «too big to fail» (TBTF, «zu gross zum Scheitern») bekannten Problematik Rechnung (...).



Das sagt die PdAS

Die Parteileitung hat eine Reihe von Stellungnahme zu nationalen und internationalen Themen veröffentlicht. Hier eine Zusammenfassung im Sinne eines Rückblicks. Die Texte in voller Länge sind auf www.pda.ch zu lesen.

Die PdAS gratuliert der MAS und Luis Arce zum Sieg!

Die PdAS ist über den Sieg in der ersten Runde von Luis Arce, Präsidentschaftskandidat der MAS (Movimiento al Socialismo), bei den Wahlen in Bolivien sehr erfreut. Wir gratulieren! Im Oktober 2019 führte die Oligarchie des Landes mit gütiger Unterstützung der imperialistischen Kräfte der USA und EU einen blutigen Putsch durch. Die de facto Regierung stürzte das Land ins Chaos durch Gewalt und Misswirtschaft. Sie versuchte, mit allen Mitteln die Rückkehr an die Macht der MAS zu verhindern und vorschob unter anderem mehrmals die Wahlen.

Es nützte alles nichts. Der von der MAS im Jahr 2006 unter der Führung des ehemaligen Präsidenten Evo Morales eingeleitete gesellschaftliche Veränderungsprozess ist nicht mehr aufzuhalten. In der ersten Ansprache nach seinem Sieg betonte Arce, dass er eine Regierung der nationalen Arce und seinem Vizepräsidenten David Choquehuanca stehen schwierige Zeiten bevor, um den neoliberalen Albtraum nach dem Militärputsch umzukehren. Die Unterstützung und die Solidarität der PdAS sind ihnen dabei gewiss.

21. OKTOBER 2020

Solidarität mit dem Gesundheitspersonal

Die PdAS begrüsst und unterstützt die aktuell stattfindende Aktionswoche des Gesundheitspersonals mit den verschiedenen landesweiten Protestaktionen. «Das Pflegepersonal erbrachte in der ersten Corona-Welle im Frühling eine enorme Leistung und erntete dafür viel Applaus. Doch in die Hände klatschen alleine reicht nicht. Die berechtigten Forderungen der Arbeiter*innen des Gesundheitswesens müssen umgesetzt werden, und zwar sofort», sagt Gavriel Pinson, Präsident der PdAS. Tiefe Löhne, lange Arbeitstage und ständiger Stress prägen seit Jahren die



schlechten Arbeitsbedingungen des Personals im Gesundheitswesen.

Die PdAS spricht dem Gesundheitspersonal ihre Solidarität aus. Wir danken den vielen Arbeiter*innen im Gesundheitswesen, die täglich ihre Gesundheit aufs Spiel setzen, um gegen die Pandemie zu kämpfen. Wir zollen ihnen grossen Respekt. Die PdAS erinnert auch daran, dass Frauen* einen grossen Teil des Personals an vorderster Front ausmachen, die sehr oft von Lohndiskriminierungen betroffen sind.

28. OKTOBER 2020

Grosse Chance verpasst

Die Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS) ist über den Ausgang des heutigen Wahlsonntags doch sehr enttäuscht. Während bei der Kriegsmaterial-Initiative die Ablehnung leider zu erwarten war, hoffte die PdAS bis zum Schluss auf ein Ja zur Konzern-Initiative. Das Scheitern am Ständemehr ist daher sehr bedauerlich und schmerzt, vor allem, weil eine knappe Mehrheit der Abstimmenden die Initiative angenommen hat. «Die Schweiz hat heute eine grosse Chance verpasst, ein klares Zeichen für die Menschenrechte und für den Frieden zu setzen. Beide Vorlagen forderten im Grunde genommen

nur eine Selbstverständlichkeit», erklärt Gavriel Pinson, Präsident der PdAS. Er fügt hinzu: «Die gezielte, millionenschwere Kampagne der Gegner*innen hat offensichtlich die Wirkung nicht verfehlt.» Die PdA engagiert sich seit ihrer Gründung 1944 für den weltweiten Frieden und die Menschenrechte. Sie wird es selbstverständlich auch weiterhin tun.

29. NOVEMBER 2020

Der Schoss ist fruchtbar noch, aus dem das kroch

Stellungnahme der PdAS zu den Ereignissen in Washington vom 6. Januar 2021: «Mit dem Sturm auf das Kapitol haben die fanatischen Trump-Anhänger*innen nichts anderes getan als das, was diverse US-Regierungen ihnen im Umgang mit Wahlen in anderen Ländern vorgemacht haben: Wenn die Ergebnisse einer freien Wahl den Interessen Washingtons zuwiderliefen, wurden sie durch Angriffe, Interventionen oder einen Putsch beseitigt. So etwa in Guatemala, der Dominikanischen Republik, Chile, Honduras, Ukraine, Bolivien und vielen anderen Ländern», hält Gavriel Pinson, Präsident der Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS) fest. Er fügt hinzu: «Gewalt, Intervention, Sanktio-

nen, Mord, Putsch und Blockaden sind das Hauptinstrument der US-Aussenpolitik. Auch Trump stachelte seine Anhänger*innen gegen den Wahlsieg der angeblich linken Demokraten auf. Und der rechte, überwiegend weisse Mob folgte ihm.»

Die PdAS warnt davor, die Ereignisse in Washington als reines «US-amerikanisches Problem» zu betrachten. Sie weist darauf hin, dass auch in der Schweiz und in Europa seit Jahren rassistische und populistische Parteien und Organisationen leider an Einfluss sowie Zuspriechen gewinnen. Was in Washington geschah, hielt niemand auf der Welt für möglich. Sie sollten auch aus diesem Grund mehr als nur ein Warnsignal sein, denn – und wir unterstreichen es erneut – die Ereignisse sind unter anderem das Ergebnis von Populismus, Rassismus und blindem, fanatischem Hass. Wohin dies führt, lehrt uns die Geschichte. Und so erinnert die PdAS an die mahnenden Worte von Bertolt Brecht: «Der Schoss ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.»

6. JANUAR 2021

Die PdAS unterzeichnet den Aufruf «Zero Covid»

Die Parteileitung der PdAS hat an ihrer Sitzung vom 23. Januar 2021 einstimmig beschlossen, den internationalen Aufruf «Zero Covid» zu unterschreiben. Die PdAS ruft die Bürger*innen der Schweiz auf, sich der PdAS anzuschliessen und den Aufruf zu unterzeichnen. Der Aufruf «Zero Covid», der bereits von rund 90 000 Personen und Organisationen (Stand am 26. Januar 2021) signiert wurde, verstärkt die eine dringend notwendige Debatte. Um die Zahl der Ansteckungen mit dem Virus auf null zu bringen, sollen Fabriken, Büros, Betriebe, Baustellen und Schulen für mehrere Wochen geschlossen werden. Die Forderungen von «Zero Covid» sind logisch. Sie orientieren sich an den Massnahmen, die einen erfolgreichen Kampf gegen die Pandemie in sozialistischen Ländern wie Vietnam und Kuba möglich machten: Einschränkungen der Kontakte nicht nur in der Freizeit, sondern auch auf der Arbeit und in den Schulen, schnelle und regelmässige Tests für alle, konsequente Pflege der Betroffenen und Ausbau der Ressourcen des Gesundheitswesens.

26. Januar 2021

Ausschaffungen sofort stoppen!

Mit grosser Wut und Trauer muss die PdAS die Ausschaffung von sieben Personen aus Äthiopien zur Kenntnis nehmen. Sie wurden am Abend des 27. Januar in Genf mit Gewalt in einen Sonderflug gebracht, bewacht und begleitet von rund 70 Polizist*innen. «Die ganze Welt weiss, dass in Äthiopien Krieg herrscht und Tausende von Todesopfern zu beklagen sind. Hinzu kommt die Covid-Pandemie, die auch Äthiopien wütet. Diese Ausschaffung zeugt einmal mehr von der unmenschlichen Asylpolitik der Schweiz», hält Gavriel Pinson, Präsident der PdAS fest. Er fügt hinzu: «Wir müssen alles Menschenmögliche tun, um diese beschämende Praxis zu stoppen und zu verändern.»

Seit November 2020 eskaliert der Konflikt zwischen der äthiopischen Tigray-Region und der Zentralregierung. Verschiedene Quellen melden Hunderte von Toten und Verletzten, Hunderttausende befinden sich auf der Flucht.

Selbst das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) rät von Reisen nach Äthiopien ab. Dies, weil die Gefahr von «gewalttätigen Zusammenstössen» sowie terroristischen Anschlägen sehr hoch ist. Doch Menschen, die hier in der Schweiz nicht erwünscht sind, werden genau dorthin mit Gewalt ausgeschafft – ein Skandal! Die PdAS fordert den sofortigen Stopp aller Ausschaffungen. Weiter muss die Schweiz unverzüglich anerkennen, dass Äthiopien kein «sicheres Land» ist.

28. JANUAR 2021

Medizinische Hilfe statt Terror – Unblock Kuba

Die PdAS freut sich, dass die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen, UBI mehrere Beschwerden gegen den Radiobeitrag «Les médecins cubains envoyés à l'étranger en renfort dans la lutte contre le coronavirus» (Kubanische Ärzte als Verstärkung im Kampf gegen das Coronavirus ins Ausland geschickt) aus der RTS-Sendung «Tout un monde» vom 13. Mai 2020 einstimmig gutgeheissen hat. «Der einseitige und wesentliche Fakten verschweigende Bericht verunmöglichte dem Publikum, sich eine eigene Meinung im Sinne des Sachgerechtigkeitsgebots zu bilden» heisst es zurecht in der Medienmitteilung der UBI.

Während kubanische Mediziner*innen der Brigade Henry Reeve in 40 Ländern der Bevölkerung im Kampf gegen Covid-19 beistanden, verunglimpfte die RTS diese Arbeit als «moderne Sklaverei» und «Zwangsarbeit». Das ist in genau so wenig wahr wie die Verurteilung Kubas als «Terror unterstützender Staat» durch den Ex-US-Präsidenten Trump kurz vor Ende seiner Amtszeit. Die PdAS nimmt die Entscheidung der UBI zum Anlass ihre Forderung nach der Verleihung des Friedensnobelpreises an die kubanischen medizinischen Brigaden zu bekräftigen. Sie fordert des Weiteren die Schweizer Regierung auf, sich für die Streichung Kubas von der «Terrorliste» einzusetzen und sich aktiv für das Ende der Blockade gegen Kuba zu engagieren.

31. JANUAR 2021

den
vorwärts
kannst
du dir
schenken

vorwaerts.ch/abo

Aus den PdAS-Gremien

Vom Zentralkomitee gibt es historisches zu vermelden, auch wenn wir wohl alle darauf gerne verzichtet hätten. Die Parteileitung traf sich regelmässig einmal pro Monat.

Die letzte Sitzung des Zentralkomitees (ZK) der PdAS im Jahr 2020 fand Anfang Dezember statt. Und ja, es war ein historisches Ereignis – leider muss man hinzufügen. Denn es war die erste Onlinesitzung des ZK seit der Gründung der Partei im Jahr 1944. So wurde die Traktandenliste bewusst möglichst «mager» gehalten. Nicht aus Faulheit, sondern weil das erste Online-ZK im Voraus einer Wundertüte glich. Ein wesentlicher Grund dafür: Die Sitzungen sind auf Französisch und Deutsch, also zweisprachig, was die ganze Geschichte nicht gerade erleichtert.

Gemeinsame Kampagne?

Nun gut, beschlossen wurden die Parolen für die Abstimmung vom 7. März 2021. Dies war mehr eine Formsache, denn Vorlagen gaben keinen Grund für grössere Diskussionen.

Mehr zu reden gab der Vorschlag unserer Sektion, einer gemeinsamen Kampagne der PdAS. Die Hauptforderung ist dabei die Wiedereinführung einer staatlichen Mietpreiskontrolle. Konkret: Alle Wohnungen werden erfasst; für jede Wohnung gibt es einen kontrollierten Preis, überhöhte Mieten werden herabgesetzt; es gibt einen umfassenden Kündigungsschutz; es herrscht ein Abbruchverbot für Häuser, ausser wenn ein sozial verträgliches Neubauprojekt vorliegt. Der Vorschlag wurde vom ZK begrüsst. Gewünscht wurde eine «Konkretisierung» der Idee. Dies im Sinne, dass dem ZK das nötige Material für einen definitiven Beschluss vorgelegt werden kann. Zu grösseren Diskussionen führte auch der mögliche Zeitpunkt für den Start der Kampagne. Verschiedene Sektionen machten darauf aufmerksam, dass sie bis im Frühling 2021 mit Wahlen oder Abstimmungskämpfe beschäftigt seien.

Erfreuliches hatten die Genoss*innen aus der neuen Sektion im Kanton Wallis zu berichten. Sie schafften gleich in zwei Gemeinden den Einzug in die Legislative. Eine tolle Leistung, die das ganze ZK sehr erfreute.

Die nächste Sitzung des ZK findet

am 20. März statt. Sie wurde bewusst etwas später als sonst terminiert, um wenn immer möglich sie vor Ort in Bern durchführen zu können. Die Chancen, dies tun zu können, sind aber leider schwindend klein.

Aus der PL

Die Parteileitung traf sich regelmässig einmal im Monat – natürlich auch über Videokonferenz. Spektakuläres zu berichten gibt es nicht viel.

Wichtiges Thema war und ist nach wie vor der Kongress und die Arbeitsgruppen, die sich um die Vorbereitung kümmern. Eingehend wurde auch der Vorschlag der gemeinsamen Kampagne diskutiert, der die PL auch in Zukunft beschäftigen wird. Unbestritten war auch die Unterzeichnung des internationalen Aufrufs «Zero Covid». Die PL hielt ihre Position dazu in einer längeren Stellungnahme fest (zu lesen auf www.pda.ch)

«Seid vor allem immer fähig, jede Ungerechtigkeit gegen jeden Menschen an jedem Ort der Welt im Innersten zu fühlen. Das ist die schönste Eigenschaft eines Revolutionärs.»
Che Guevara

Bestellen unter
www.vorwaerts.ch



Frauen*- streik 2019 Das Buch